

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

George Bush wird der 41. Präsident der Vereinigten Staaten

Gewinnt gegen Dukakis mit 56 Prozent in 40 Staaten – Demokraten erweitern Mehrheit im Kongress

Washington (AP) Das amerikanische Volk hat George Bush zum neuen Präsidenten gewählt. Mit 54 Prozent der Stimmen gewann der bisherige Vizepräsident am Dienstag die Mehrheit in 40 Staaten und setzte sich damit deutlich gegen seinen demokratischen Konkurrenten Michael Dukakis durch, der 46 Prozent erhielt und zehn Staaten eroberte. Der Republikaner Bush wird jedoch mit einem von den Demokraten beherrschten Kongress regieren müssen. Die Oppositionspartei konnte ihre Mehrheiten sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat ausbauen.



Der Republikaner George Bush wurde gestern vom amerikanischen Volk zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Das Bild zeigt ihn zusammen mit seiner Frau Barbara nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse in Houston.

Der 41. Präsident und sein Vizepräsident Dan Quayle werden ihr Amt am 20. Januar antreten. Bush erklärte am späten Dienstagabend in Houston vor jubelnden Anhängern: «Wir werden für ein Amerika kämpfen, das in der Welt stark und entschlossen ist und stark und grossherzig zu Hause.» Dukakis, der Gouverneur von Massachusetts bleibt, gratulierte Bush telefonisch und sagte in Boston: «Er wird unser Präsident sein, und wir werden mit ihm zusammenarbeiten.»

Bush wurde als erster Vizepräsident seit mehr als 150 Jahren direkt zum Präsidenten gewählt. Er schnitt in den demokratischen Hochburgen an der Ostküste und in den Südstaaten überraschend stark ab. Von den acht grössten gewann er sieben: Kalifornien, Texas, Pennsylvania, Illinois, Ohio, Florida und Michigan; Dukakis erhielt nur in New York die Mehrheit. Die Wahlbeteiligung lag um 50 Prozent und war damit die niedrigste seit vier Jahrzehnten.

Offiziell werden die 570 von den Wählern bestimmten Wahlmänner den Präsidenten am 19. Dezember in Washington wählen. Auf Bush sind 426 Wahlmänner verpflichtet, auf Dukakis 112.

Kongressmitglieder wiedergewählt

Die Demokraten konnten im Abgeordnetenhaus, das völlig neu gewählt wurde, nach dem bisherigen Stand der Auszählungen 260 Mandate erringen, fünf mehr als bisher; die Republikaner gewannen die übrigen 175 Sitze. Im Senat, wo 33 von 100 Sitzen zur Wahl standen, konnten die Demokraten zwei Sitze dazuge-

winnen und stellen nun 56 Senatoren, die Republikaner 44. Die Demokraten haben im Repräsentantenhaus seit 1954 die Mehrheit, im Senat seit 1986. Zu den Konfliktthemen zwischen Bush und dem Kongress dürften nach Ansicht von Beobachtern die Sozialpolitik, die Verteidigungspolitik – hier vor allem die Raketenabwehr im All (SDI) – sowie die Politik gegenüber Lateinamerika gehören.

Zu den prominentesten Wahlsiegern im Kongress gehören Dukakis' Mitbe-

werber Lloyd Bentsen, der weiter Texas im Senat vertreten wird. Dukakis' Plan, sich mit Bentsen bei der Präsidentschaftswahl die Mehrheit in den Südstaaten zu sichern, schlug dagegen fehl – in Texas stimmten 54 Prozent für Bush. Ihre Sitze im Senat konnten ferner verteidigen: Edward Kennedy, der zum sechstenmal Massachusetts vertreten wird, der demokratische Mehrheitsführer Robert Byrd aus West-Virginia, der Demokrat Daniel Patrick Moynihan aus New York; und der

Republikaner Richard Lugar aus Indiana. Für Virginia zieht der ehemalige demokratische Gouverneur Charles Robb, der Schwiegersohn des früheren Präsidenten Lyndon Johnson, erstmals in den Senat ein. Die demokratischen Abgeordneten Richard Gephardt und Joseph Kennedy – der Sohn des ermordeten Robert Kennedy – wurden wiedergewählt.

Bei den Gouverneurswahlen gewann in Quayles Heimatstaat Indiana erstmals seit 20 Jahren ein Demokrat. Nach den Wahlen in zwölf Staaten stellen die Demokraten nun 28, die Republikaner 22 Gouverneure.

Präsident Ronald Reagan, der nach acht Jahren im Amt nicht wieder für das Weisse Haus kandidieren durfte, gratulierte Bush und Quayle zu ihrem «historischen Sieg» und sprach Dukakis und Bentsen seinen Respekt für ihren Kampf aus. Zu den ersten Gratulanten aus aller Welt gehörte die britische Premierministerin Margaret Thatcher. Sie und Bundeskanzler Helmut Kohl werden Bush am nächsten Montag in Washington treffen. Radio Moskau äusserte die Erwartung, dass der sowjetisch-amerikanische Dialog fortgesetzt werde. Reagan wollte Bush und Quayle am Mittwoch nachmittag in Washington zu einem privaten Gespräch empfangen. Er hatte Bush 1980 im Kampf um die Kandidatur der Republikaner besiegt und ihn dann zu seinem Vizepräsidenten gemacht.

Werden PS-Dividenden der Landesbank garantiert?

Die Regierung unterbreitete dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung des Landesbankgesetzes

Die Landesbank hat bei der Herausgabe der Partizipationsscheine mit der Mindestzuteilungsquote an alle Bewohner Liechtensteins einen neuen Weg beschritten. Nun sollen mit der Mindestgarantie für die PS-Dividende, wie sie ein Gesetzesvorschlag der Regierung vorsieht, erneut die Weichen in eine neue Richtung gestellt werden. Nach dem Vorschlag der Landesbank und der Regierung wird künftig eine Mindestausschüttung von 4 Prozent brutto pro Jahr garantiert.

Die PS-Euphorie in unserem Land scheint nach kurzer Zeit mächtig geschwunden zu sein. Die mit einem Ausgabepreis von 175 Fr. versehenen Partizipationsscheine der Landesbank (Nominalwert 50 Fr.) erreichten im Gefolge der im ersten Halbjahr 1987 herrschenden von 455 Fr. Die kräftigen Verkäufe mit der Hoffnung auf grosse Kursgewinne und vor allem der Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 bewirkten einen starken Einbruch des Börsenkurses, der gegenwärtig bei ungefähr 260 Fr. liegt. Dieser Kurszerfall, schreibt die Regierung in ihrem Bericht, an den Landtag, bewirkte nochmals eine spürbare Absetzelle, so dass die Landesbank gehalten war, «tliche Anstrengungen für die Kurspflege» zu unternehmen, ohne diese Anstrengungen näher zu definieren. Sicher ist sich die Re-

gierung in der Beurteilung, dass die Dividende für das Jahr 1987 nicht dazu angeht sei, «den Kurswert der Papiere an der Vorbörse nach oben beeinflussen, da die Rendite unter derjenigen vergleichbarer Bankinstitute in der benachbarten Schweiz liegt.»

Zusicherung einer Renditegarantie

Die derzeitige Rendite von 2,4 Prozent, gemessen am Ausgabepreis von 175 Fr., liegt erheblich unter dem Sparbuchzins. Um weitere Verkäufe von PS-Inhabern zu vermeiden, möchte die Landesbank eine Renditegarantie geben, damit der Kurs nicht noch weiter fällt. «Eine Verbesserung der Rendite für die Partizipanten käme deshalb auch der Landesbank zugute», schreibt die Regierung in ihrem Antrag, «da in diesem Falle sich weitere Interventionen zur Kurspflege erübrigen würden.» Wie weit sich eine Ertragsverbesserung auf den Börsenkurs auswirkt, kann im Moment noch nicht abgeschätzt werden, doch nehmen Landesbank und Regierung an, dass mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Dividende für die Partizipationsscheine «zumindest eine Absicherung des Kurses gegen ein weiteres Absinken erreicht werden kann.» Die Mindestrendite von 4 Prozent, wie sie dem Landtag vorgeschlagen wird, stellt nach dem Regierungsbericht

eine Art «Treueprämie für die Bereitstellung unkündbarer, langfristiger Gelder» dar.

Ertragsausfall verkraftbar

Nach dem Gesetzesentwurf soll die Mindestdividende von 4 Prozent auf den Ausgabepreis der Partizipationsscheine dann zu Lasten der dem Staat zustehenden Gewinnablieferung gehen, wenn die ordentliche Gewinnverteilung keine Bruttorendite von 4 Prozent für die Anteilscheine ergibt. In diesem Fall wird nach dem Regierungsvorschlag die Differenz zwischen der ordentlichen Dividende und der garantierten Mindestrendite von der Gewinnablieferung an den Staat in Abzug gebracht und den Partizipanten zur Verteilung zugewiesen. Die Neuregelung wird nach einer Berechnung auf der Basis des Jahres 1987 zu einer Verminderung der Zuweisungen an den Staat um 1,128 Mio. Fr. führen. Die Regierung hält den Ertragsausfall für verkraftbar: Im Budget 1988 ist neben der Verzinsung des Dotationskapitals mit 4,750 Mio. Fr. eine Gewinnablieferung der Landesbank von 4,2 Mio. Fr. enthalten. Tritt die vorgeschlagene Gesetzesänderung bereits für 1988 in Kraft, so würde sich die effektive Gewinnablieferung der Landesbank an das Land um eine halbe Million verringern. (G.M.)

BRD führend im Maschinenbau

Frankfurt (spk/dpa) Der Maschinenbau wird als wichtigste Industriezweig der Bundesrepublik Deutschland auch im kommenden EG-Binnenmarkt die Nase klar vorn haben. Er liefert rund 30 Prozent des gemeinsamen künftigen Marktvolumens für Maschinen und Anlagen im Umfang von 360 Milliarden DM. Der künftige EG-Binnenmarkt wird zum zweitgrössten Maschinenmarkt der Welt aufrücken.

In der Länder-Rangliste der Maschinenproduzenten folgt die Bundesrepublik erst mit weitem Abstand Grossbritannien mit 15 Prozent, Frankreich mit 14 Prozent und Italien mit 13 Prozent Anteil am EG-Binnenmarkt. Diese Berechnungen legte der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA) am Mittwoch in Frankfurt vor.

Beratungen über Alpen transitverkehr

Verhandlungen von Sozialisten aus EG und Alpenländern

Brüssel (AP) Sozialistische Abgeordnete des Europaparlaments sowie sozialdemokratische Parlamentarier der Schweiz und Österreichs haben am Dienstag in Brüssel über die ausserordentlich umstrittenen Fragen des künftigen Alpen-Transitverkehrs zwischen dem Norden und dem Süden der Europäischen Gemeinschaft beraten. An der Sitzung dieser jährlich tagenden Arbeitsgruppe nahmen auch Beobachter aus Jugoslawien teil.

Dem Meinungsaustausch wurde von EG-Kommissionskreisen in Brüssel intern erhebliche Bedeutung beigemessen, weil die neue und voraussichtlich entscheidende Verhandlungsrunde zwischen der EG und den Alpenländern über die

Transitproblematik bereits im Januar beginnen soll.

Wie die Sozialistische Fraktion des Europaparlaments am Mittwoch in Brüssel mitteilte, war man sich in der Arbeitsgruppe einig, dass bei diesen Verhandlungen das Prinzip der Gegenseitigkeit gewahrt werden müsse.

Ferner müsse sich die EG mit der Vergabe von billigen Krediten am Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den Transitstaaten beteiligen. Dies gelte insbesondere für Jugoslawien. Schliesslich war die Arbeitsgruppe übereinstimmend der Auffassung, dass der kombinierte Verkehr von Strasse und Schiene stark ausgebaut werden müsse.

Glatteisgefahr in Graubünden

Chur (spk) Die Bündner Kantonspolizei warnt vor plötzlich auftretendem Glatteis. Wie die Informationstelle am Mittwoch mitteilte, haben sich am Dienstag infolge vereister oder mit Rauhref bedeckter Strassen überdurchschnittlich viele Unfälle ereignet. Besondere Vorsicht ist in den Morgenstunden an schattigen Stellen und auf Brücken geboten.

Schleuderunfälle registrierte die Kantonspolizei auf der Umfahrung Schiers im Prättigau, auf der N13 bei Reichenau und auf der Prättigauerstrasse bei Fideris-Station, wo ein Personenwagen, nachdem er von der Strasse abgekommen war und sich überschlagen hatte, vollständig ausbrannte. Der Fahrer konnte sich aus eigener Kraft aus dem Wrack befreien.

Detailhandel mit Weihnachtssternen

Der Detailhandel in unserem Land beginnt morgen wiederum mit der beliebten Weihnachtsstern-Aktion. Bis zum Weihnachtstag werden bei Einkäufen die Sternmarken abgegeben, wobei einerseits eine Direktauszahlung im Sinne eines Rabattes ausgerichtet wird, andererseits eine grosse Verlosung stattfindet. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer erwartet auch dieses Jahr wiederum eine rege Beteiligung des Detailhandels an der Weihnachtsstern-Aktion. Im letzten Jahr wurden in den sechs Wochen vor Weihnachten Umsätze in Höhe von 14,5 Mio. Fr. erzielt. Insgesamt machten 217 Detailhandelsgeschäfte an der Aktion mit.

Die Weihnachtsstern-Aktion wurde vor einigen Jahren ins Leben gerufen, um die Abwanderung der Kaufkraft ins benachbarte Ausland zu verhindern. Die Idee des Detailhandels hat sich, wie der Obmann der Detailhandelsgeschäfte, Emil Konrad, auf Anfrage erklärte, bewährt. Die Erwartungen sind nach seinen Angaben erfüllt worden, wenn die Gesamtumsätze des Detailhandels in der Vorweihnachtszeit in den letzten Jahren in Betracht gezogen werden.

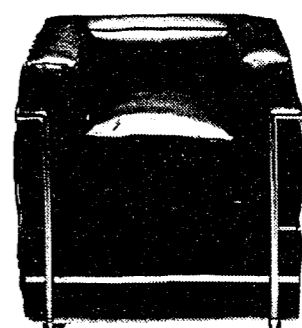
Mit der Weihnachtsstern-Aktion ist nicht nur eine weitere Abwanderung der Kaufkraft verhindert worden, sondern sogar ein gegenteiliger Effekt eingetreten. Nach Angaben von Emil Konrad werden die Weihnachtssterne aus Liechtenstein vermehrt auch in der Nachbarschaft gesammelt, was bedeutet, dass Kunden zum Einkauf in unser Land kommen.

Parlament gedachte Judenverfolgung

Wien (AP) Mit einer Trauerminute haben die österreichischen Parlamentarier am Mittwoch im Nationalrat der Opfer des nationalsozialistischen Pogroms vom 9. November 1938 gedacht. Nationalratspräsident Leopold Gratz sprach von «tiefer Scham über die schandbaren Vorgänge». Vizekanzler und Aussenminister Alois Mock erinnerte in einer Erklärung der Volkspartei (ÖVP) daran, dass Österreicher damals nicht nur Opfer gewesen seien, «sondern auch Österreicher zu Tätern an ihren Mitbürgern geworden sind».

Auf dem Wiener Stephansplatz protestierte aus Anlass des Jahrestages des Pogroms der amerikanische Rabbiner Avi Weiss zusammen mit anderen Demonstranten gegen Bundespräsident Kurt Waldheim. Symbolisch putzte er mit einer grossen gelben Zahnbürste die Strasse, auf die er zuvor «Nazi Waldheim» geschrieben hatte. Er wollte mit der Aktion daran erinnern, dass Juden vor 50 Jahren gezwungen worden waren, mit Zahnbürsten Wiener Strassen zu reinigen.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan Bahnhofstrasse 16 WOHNEN

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld



ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2 99 44

Über 25.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen